

Berliner

Morgen-Ausgabe

Sonnabend, 12. April 1919

Volks-Zeitung

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt ULK

Buchstabt täglich zweimal, Sonntags nur morgens. Abonnementpreis in Groß-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen u. Hessen. Aushalt 40 Pf. wöchentlich oder M. 1,75 monatlich. Abonnementpreis bei Postbeamten: monatl. M. 1,75 u. vierteljährl. M. 0,50. Einzelteilungspreis der Zeile 50 Pf. mit 65 Pf. Postzettel. Der Stempel wird durch den Preis von 10 Pf. zu entzahlen. Postzettel-Anzeige für Abonnenten 70 Pf. die Zeile; Klein-Anzeige: das Wort 20 Pf., das fettgedruckte Wort 30 Pf. mit 50% Zuschlag. - Abonnement u. Anzeigentragen nehmen auch die nebenstehend aufgeführten Filialen entgegen. - Redakt. u. Haupt-Exp.: SW, Jannasheimer Str. 45-48. Tel.: Zentral 10131-10144; t. d. Fernwerk, Nr. 14207-14209. Chefredakteur: Otto Nuschke.

Filialen: Moritzpl., Käppelerstr. 67-69; Wiesener Str. 1-4; Frankfurterstr. 204; Frankfurtallee 346, Kir. Frankf. Str. 103; Großwar. Str. 167; Schön. Allee 144; Schaffhausenstr. 4; Fasanstr. 1, Müllerstr. 133, Baudstr. 61; Königstr. 56-57; Rosenthalstr. 42; Rathenowstr. 12; Turmstr. 61; Potsd. Str. 33; Leipziger Str. 105; Zimmerstr. 69; Blücherstr. 69; Charlottenstr. 1; Taxisstraße 1; Königsstr. 34; Schatzstraße 39; Nürnbergstr. 25-26; Kaiserstr. 20; Friedhofstr. 12; Ritterstr. 12; Bismarckstr. 10; Bismarckstr. 12; Bismarckstr. 14; Lichtenberg; Frankf. Allee 241; Lichtenfelde-West; Carlstr. 1-2; Neukölln; Berlinerstr. 41; Hermannstr. 94; Paulkow; Bornholmer Str. 1; Schmargendorf; Breite Str. 10; Schönholz; Hauptstr. 12-24; Märkte; Oberstr. 9; Steglitz; Albrechtstr. 13b; Tegel; Herrenstr. 61-12; Tegelmarkt; Berlinerstr. 10; Berlinerstr. 12; Berlinerstr. 14; str. 88; Kaiserplatz 13; Brandenburg; Hauptstr. 4; Cöpenick; Schlossstr. 1; Frankfurt a. O.; Regierungstr. 4a; Niederschönhausen; Brückenstr. 23; Potsdam; Brandenburger Str. 28; Spandau; Breite Str. 47; Stettin; Paradeplatz 8. Druck und Verlag: Rudolf Moes, Berlin SW.

Der Rücktritt Schiffers.

Kabinettsskize?

Als Nachfolger Schiffers wird, wie wir von aufländiger Stelle erfahren, die demokratische Partei eines ihrer Mitglieder vorschlagen.

Die Münchener Räterepublik vor dem Zusammenbruch.

Nürnberg, 11. April.

Das Kommando des 3. Armeekorps erschütt über die Lage in München: In München haben die Kommunisten die unabhängigen Volksbeauftragten zu stürzen versucht. Gegenwärtig herrschen dort zwei sogenannte Zentralräte, einer von ihnen, mit Dr. Lewien an der Spitze, hält sich im „Bindfutter“, der andere im Wittelsbacher Palais auf. Die Gewalt der Räte steht unmittelbar vor dem Zusammenbruch. Das gesamte Militär steht auf Seite der Regierung Hoffmann und empfängt über die Lügennachrichten, durch die die gegenwärtige Lage in München geschaffen wurde. Für die Bevölkerung ist die Lage unerträglich. München ist von außen vollkommen abgeschnitten. In der ganzen Stadt gibt es keinen Trocken Milch und kein Stück Brot mehr. Auch die Kohlenvorräte gehen zu Ende, so dass ein Teil der Betriebe schon nicht mehr arbeiten kann. Der Frachtverkehr nach München ist gelockert, dagegen wird der Personenverkehr aufrechterhalten.

München, 11. April. (Privat, umgeleitet.)

Die Einigung des Zentralkomitees mit den Kommunisten ist in der heutigen Mittagsstunde zustande gekommen. Die gemäßigten Elemente befehlten gegen die Führer von Schläger, Dr. Lewien und des Berliner russischen Kommunistenführers Lebiens das Nebengemicht. Die Kommunisten erklärten sich bereit, mit bestehender Stimme in den Zentralkomitee einzutreten. Charakteristisch für die ganze heillos verworrene Situation der letzten 24 Stunden ist, dass das führende Mitglied des Zentralkomitees, Toller, gestern von den Kommunisten verhaftet wurde, um am Nachmittag wieder freigelassen zu werden.

Der Absall im Lande.

Aus Ingolstadt erfahren die R. V. R. am H. d. R.: Ingolstadt holt zum Ministerium Hoffmann sowohl die Kruppen als auch der Arbeiterrat. München ist vollkommen abgesperrt. Es gehen keine Böge mehr weiter. Der Arbeiterrat in Augsburg hat erklärt, dass er mit seinen Verbündeten im Norden nicht in einen Bruderkampf eintreten werde.

Aus Bamberg wird berichtet, dass die Lage dort unverändert ist. Auch Schweinfurt wird sich auf Grund eines hier heute oder morgen festgestellten Ultimatums für die Regierung Hoffmann entscheiden.

Aus Nürnberg erfahren die R. V. R., dass dort vollkommen Ruhe herrscht und kein Streik ausgebrochen ist. In Fürth ist die Räterepublik wieder rückgängig gemacht worden, ebenso in Regensburg. Die Regierung Hoffmann wird sich allmählich wieder durchsetzen.

Rückgang der Streikziffer im Ruhrgebiet.

Schwere Kämpfe in Düsseldorf.

Essen, 11. April.

Die aus dem Ruhrgebiet vorliegenden Meldungen lassen ein Abbauen der Streikbewegung erkennen. In 15 von 20 Bergwerken nahm die Zahl der Ausständigen ab. Die Delegationsdrei Zeichen des südlichen Reviers sind vollständig angefahren. Die Gesamtzahl der Streikenden beläuft sich auf 163 501 gegen 167 005 in der gestrigen Freitags.

Düsseldorf, 11. April.

Die Streikkommission hat nachmittags sieben Versammlungen einberufen zur Entgegennahme des Berichts über die Streiklage und fordert in einem Aufruf an die Arbeiterschaft auf, eiserne Ruhe, Ordnung und Disziplin zu halten, nicht zu provozieren und sich nicht provozieren zu lassen. Die Bewegung gleitet immer mehr in das partizipative Fahrwasser hinein. Die Barricadenbauten im Stadtteil Oberbilk wurden durch Schülengräben und Steinmauern mit Schießscharten stark befestigt. Aus den Häusern und von den Dächern wird auf die Soldaten geschossen. Insgesamt sind bisher über 100 verletzte Zivilisten in die Krankenhäuser eingeliefert worden. Bei den Schiebereien standen auch Unbeteiligte den Tod darunter zwei Frauen und ein Briefträger während seines Bestellgangs. Zwei Soldaten, die von der Menge angefallen und mishandelt worden waren, wurden in den Rhein geworfen; einer ertrank, der zweite konnte sich retten. Gegen mittag kam es in der Gegend des Bahnhofs wieder zu einer schweren Schieberei mit Handgranaten und Maschinengewehren.

Neutrale Kriegsgewinne. Die norwegische Reederei Thor Thorleifsons Linie weiß für das Jahr 1918 einen Lieferdurchschnitt von 55 Millionen Kronen aus. Die Aktionäre erhalten 90 v. H. Dividende.

Die Persönlichkeit im Wirtschaftsleben.

Von Erich Marx.

Das 19. Jahrhundert ist das Zeitalter der Befreiung des Einzelmenschen aus den Ketten überlebter Organisationsformen gewesen. Die Periodizität, losgelöst von mittelalterlichen Hemmungen, förderte die neu gewonnene Freiheit bis zur Reife aus, und aus dem Zusammenspiel ungezählter freier Intelligenzen im Kultur- und Wirtschaftsleben ergab sich der immense Aufschwung auf allen Gebieten des menschlichen Daseins, der das 19. Jahrhundert kennzeichnet. Der Persönlichkeit wurde weiter Spielraum gelassen; im politischen Leben wie im Wirtschaftsleben wurde ihr eine Machtfülle sondergleicher eingeräumt. Überall wurde die Organisation in höchstem Maße durchgebildet; die Organisation, mittels deren es dem intelligenten Menschen ermöglicht wurde, hunderte, Tausende, Zehntausende und mehr nach einheitlichen Willen zu lenken, einheitlichen Zielen entgegenzutreten und sie zu gemeinsamer, fruchtbringender Arbeit nach einheitlichem Plane zu vereinen. Das ganze Staats- und Wirtschaftsleben wurde von einer ungemeinen Militarisierung erfasst. Produktionstechnisch brachte dieses Zeitalter einen fabelhaften, nie erschauten und erhofften Aufschwung. Alles war darauf angelegt, die Persönlichkeit zur Herrschaft zu bringen. Der Spezialist, der begabte Fachmann wurde hoch entlohnt. Die starke Disziplin unterwarf ihm die Bewegung großer Menschenmassen, deren einzelne Glieder wiederum durch geschickte Entlohnungsformen, wie Auffordarbeit und Prämienhöste, zu hoher und höchster Arbeitsleistung angepoert wurden.

Gegen dieses umfassende System setzte nun im Laufe des 19. Jahrhunderts eine mehrfache Kritik ein. Es wurde eingewandt, dass zwar gebildete und begabte Persönlichkeiten ein reicher Spielraum geschaffen sei, dass jedoch die Bildung des ausschließlichen Reieratrichter einer kleinen Bevölkerungsschicht sei, nämlich der Kapitalistenklasse. Die unendlich vielen Begabungen, die in der Masse schlummerten, kamen nicht zur Entfaltung, weil die Möglichkeiten der Ausbildung der Intelligenz auf die wohlhabenden Schichten beschränkt seien. Dies war der Einwand der denkenden Masse. Die daneben bestehende große, intuitiv lebende Masse fühlte sich vor allem bedrückt durch die Strenge der Organisation, durch den Militarismus in der Industrie, der den einzelnen immer und immer wieder durch tausend Unreize zur Arbeit zwang und ein Entkommen aus diesem System fast unmöglich machte. Der Unintelligenten beneidete den Intelligenten um den höheren Verdienst; der von der Disziplin Betroffene lehnte sich auf gegen die Macht dessen, der die Disziplin handhabte; der von Aufford und Prämienhöste zur Mehrarbeit angestoppt wurde suchte sich dem ewigen Antrieb durch Abschaffung dieser Lohnsysteme zu entziehen.

Das ganze System des modernen Industrialismus würde in der alten Form noch Jahrhunderte gehalten haben, wenn die herrschenden Klassen nicht durch den Verlust des Weltreiches den Geist der Massen aufs tiefste aufgerüttelt hätten. Da die herrschenden Klassen, auf deren Weisheit zur Fortführung des Weltgeschäfts man dennoch einiges Vertrauen gelegt hatte, es nicht verstanden haben, den Krieg zu verhindern, ihn wenigstens rasch zu beenden, dass sie ihn gar noch zum Schluss noch vertreten haben, das hat das Vertrauen der Massen in alles bisher zu Recht bestehende aufs tiefste erschüttert. Hier liegt ein Kernpunkt der sozialen Revolution. Mit dem Glauben an die Weisheit der bisher Herrschenden brach der Glaube an die Vernunft des bisherigen Wirtschaftssystems ganz zusammen. Nun glaubt man plötzlich, die hochbezahlten Fachbeamten entbehren zu können; nun glaubt man plötzlich, die Arbeitsdisziplin durch genossenschaftliche Geist des Arbeitenden ersetzen zu können, nun glaubt man, Aufford- und Prämienhöste könnten ohne Gefahr für die Produktion dem bloßen Zeitlohn weichen.

Die so denken, schütten das Kind mit dem Bade aus. Gewiss war unendlich vieles an der Kritik des alten Systems berechtigt. Gewiss werden wir in tausendfacher Beziehung neue Wege wandeln müssen. Gewiss wird der drängende Massenwillen allmählich eine Umgestaltung des Wirtschafts auf internationalem Basis nach sozialistischen Ideen erzwingen. Aber wehe dem Lande, welches glaubt, mit einem Schlag alle jene Faktoren des Persönlichen entbehren zu können, die bis dahin die Pfleger der Wirtschaft gewesen sind. Jenes Persönlichen, das erzeugt wurde durch das Streben nach Gewinn, nach sozialer Höherstellung. Vielleicht wird durch Jahrhundertelange Erziehung des Menschen nach neuen Gesichtspunkten allmählich das persönliche Gewinnstreben ergänzt werden können durch Momente der sozialen Ehre, der sozialen Ehre. Noch aber ist der neue Mensch nicht vorhanden, noch brauchen wir die nach Gewinn strebende Persönlichkeit in unserem Wirtschaftsleben. Noch müssen wir den intelligenten

Berlin, 11. April. (W. T. B.)
Verhandlungen, um Minister Schiffer zum Verbleiben in sein Amt zu bewegen, führten leider nicht zum Ziel. Jedoch erklärte sich auf Wunsch des Präsidenten des Reichsministeriums Minister Schiffer bereit, die Geschäfte bis zur Ernennung des Nachfolgers weiter zu führen.

Spezialisten hoch bezahlen, noch brauchen wir Disziplin der Arbeit, noch brauchen wir die produktionsanregenden Formen des Lohnes.

Wer es nicht glaubt, der möge packende Bekanntnisse des konsequentesten aller Sozialisten lesen, das Buch Lenins, „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“. Hier beichtet einer, der selbst glaubt hat, mit einem Schlag alle jene Elemente des kapitalistischen Zeitalters entbehren zu können, und der damit die Wirtschaft seines Landes heillos ruinirt hat. Mit bewegten Worten fordert Lenin die „Avantgarde des Proletariats“ auf, zu erkennen, daß jene Grundformen der Vergangenheit auf lange hinaus noch notwendig sind. Möge Lenin Warnen bei jenen nicht ungehört verhallen, wo andere Stimmen verdächtig erscheinen.

Die preußische Landesversammlung für den Rechtsfrieden.

In der preußischen Landesversammlung wurde gestern der folgende, von allen Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen eingebrachte Antrag einstimmig unter Stimmenthaltung der Unabhängigen angenommen:

Die Staatsregierung wird erachtet, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß keinem Friedensvertrag zugestimmt wird, der nicht die Sicherheit dafür bietet: 1. daß er ein wahrer Frieden der Verständigung ist; 2. daß gegenüber den 14 russischen Bedingungen keinerlei Verschärfung eintrete, insbesondere kein deutsches Gebiet abgetreten wird; 3. daß die Blockade sofort aufgehoben, 4. die schnellste Rückführung der Gefangenen nach Deutschland festgesetzt und 5. die unverzügliche Räumung der besetzten Gebiete angeordnet wird.

Begründet wurde der Antrag vom Präsidenten der Landesversammlung, Leinert. Für die Unabhängigen gab Adolf Hoffmann folgende Erklärung ab:

Auch wir sind gegen jede Verschärfung der Wilsonschen Bedingungen, insbesondere gegen jede Abtreterung deutscher Gebiete. Auch wir verlangen die sofortige Aufhebung der Blockade und die schnelle Rückkehr der deutschen Gefangen, sowie die Räumung der besetzten Gebiete. Wir haben uns an dem Antrag nicht beteiligt, weil wir es ablehnen, einen Appell an die bürgerlichen Regierungen der kapitalistischen Länder zu richten. Wir wenden uns an das internationale Proletariat aller Länder und erwarten einen wirklichen Völkerfrieden erst, wenn die soziale Weltrevolution des Proletariats überall den Sieg errungen hat über den räuberischen Imperialismus.

Im weiteren Verlauf der Sitzung teilte Kultusminister Haenisch mit, daß ein Gesetzentwurf betreffend allgemeine Aufhebung der geistlichen Ortschulauflage fertiggestellt sei.

Der Staatsgerichtshof.

In dem der Nationalversammlung zugegangenen Entwurf eines Gesetzes über einen Staatsgerichtshof heißt es u. a.: Die Nationalversammlung bildet aus ihrer Mitte einen Ausschuß von 15 Mitgliedern zur Untersuchung der Vorgänge in der politischen und militärischen Zeitung des Reichs, die zum Ausbruch, zur Verlängerung oder zum Verlust des Krieges beigetragen haben. Die Staatsregierung hat dem Ausschuß die von ihm bezeichneten Urkunden und Akten zur Verfügung zu stellen. Der Staatsgerichtshof wird bei dem Reichsgericht gebildet. Er besteht aus 15 Mitgliedern mit Einschluß des Vorsitzenden. Vorsitzender ist der Präsident des Reichsgerichts. Beisitzende sind die Präsidenten des Reichsmilitägerichts, des preußischen Oberverwaltungsgerichts, des bayerischen Oberlandesgerichts und des Oberlandesgerichts Hamburg. Die übrigen 10 Beisitzer und ihre 10 Stellvertreter werden je zur Hälfte von der Nationalversammlung und vom Staatenausschuß gewählt. Wählbar ist jeder Deutsche, der nicht Mitglied einer der beiden Körperschaften ist.

Im Spruch des Staatsgerichtshofs ist festzustellen, ob die zur Verantwortung gezogene Person ein Verschulden trifft, ob ein solches Verschulden erwiesen oder ob die Nichtigkeit erwiesen ist. Stellt der Staatsgerichtshof ein Verschulden fest, so kann er den Schuldbaren für dauernd unsäglich erklären, öffentliche Amtsträger zu bekleiden und in öffentliche Körperschaften gewählt zu werden.

Der Staatsgerichtshof hat seinen Spruch schriftlich niedezulegen und mit Gründen zu versehen. Die Staatsregierung hat den Spruch zu veröffentlichen. Gegen den Spruch findet kein Rechtsmittel statt.

Ankündigung eines neuen Strafgesetzbuchs.

Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung.

Am Regierungstag: Bauer, Preuß, Bell, Landsberg. Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleine Anfragen. Auf Anfrage des Abg. Ertelens (Dem.) betreffend den Terror der freien Gewerkschaft erläutert Geheimrat Trennbach: Die Regierung steht auf dem Boden der Koalitionsfreiheit und verurteilt jede Beinträchtigung, von welcher Seite sie auch aussehen möge. Bei der Reuordnung des Arbeitsrechts sind zum Schutze des Koalitionsrechts besonders gesetzliche Bestimmungen vorgesehen. Tarifverträge, wonach nur Angehörige einer bestimmten Gewerkschaft oder Gewerkschaftsrichtung eingestellt werden dürfen, würden vom Reichsarbeitsministerium nicht für allgemein verbindlich erklärt werden können.

Auf Anfrage Dr. Werner (Deutschland) betreffend Schadenerfall nach dem Berliner Kurruhe erläutert Geheimrat Trennbach: In Wohl, dah eine Vorlage betreffend Beteiligung der Mittel auf Reich, Staat und Gemeinde bereits fertiggestellt sei und dem Staatenausschuß vorliege. Sie werde demnächst an die Nationalversammlung gelangen.

Auf Anfrage des Abg. Dr. Philipp (Deutschland) wegen des Leipziger Expressionskafles erwidert fachlicher Militärberatungsfähiger Oberst Schulz: Die fachliche Regierung ist entschlossen, für ausreichenden und zuverlässigen militärischen Schutz gegen Wiederholung eines solchen Vorganges zu sorgen. Die gerichtliche Voruntersuchung gegen die Täglichen bezieht sich auch auf die Mitglieder der Nationalversammlung Geher und Dr. Geyer.

Auf Anfrage des Abg. Schwarz (Zentr.) wegen unwürdiger Behandlung internerer deutscher Soldaten in Siebenbürgen und Serbien erwidert als Vertreter der Waffenstillstandskommission, Dr. Hämer: Unsere wiederholten Proteste haben nichts genutzt. (Hört, hört!) Wir haben die holländische Regierung gebeten, den Schutz der deutschen Gefangenen in Serbien zu übernehmen. — Auf Anfrage Bieker (Deutschland) betreffend das Schicksal der wegen Krankheit in feindliche Hände gefallenen deutschen Soldaten der Armee Mackensen erwidert Dr. Hämer: Auch hier haben wir auf unseren Protest keine Antwort erhalten. Den Schutz unserer Landsleute hat die Schweiz übernommen.

Stimmen folgt die erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Minnereizeit.

Zur der Abstimmung wird der Gesetzentwurf abgelehnt. Das Abstimmungsergebnis wird von der Mehrheit mit Beifallsrufern begrüßt.

Es folgt die erste Beratung der Vorlage betreffend Ausbildung von Artigstellschern zu Richteramt.

Zustimmungsschluß Landsberg: Die Vorarbeiten für ein neues Strafgesetzbuch sind fortwährend geblieben, daß ich die Veröffentlichung des Entwurfs noch vor Ablauf dieses Jahres glaube in Aussicht stellen zu können. (Beifall.) Es wird ein gewölliges Kulturwerk sein. Die Veröffentlichung einer Novelle zur Strafprozeßordnung glaube ich in Kürze in Aussicht stellen zu können. Ich bitte, die Vorlage ohne Ausschubberatung anzunehmen.

Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge wird der Gesetzentwurf in allen drei Lesungen einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Ablehnung des Reichsgerichtsrats.

Der vierte Tag des Rätekongresses.

Die erhabten Gemüter unter den Räten schienen gestern Rücksicht auf die Nerven der ruhigen Mehrheit nehmen zu wollen. Es kam nur einmal, bei der Beratung des Antrages der Soldatenfraktion auf Einsetzung eines neuordnenden Reichsgerichtsrates, zu einer Lebhaftigkeit, die entfernt an die vorgeistrige Sitzung erinnerte, wo die Gegenseite bisher am härtesten aufeinandergeplagt waren.

Die Vormittagsitzung wurde fast völlig durch die Angelegenheiten „Leibour“ und „Belagerungszustand“ ausgefüllt. Über den ersten Punkt liegt die Entscheidung des Senats, die gestern abend fallen sollte, noch nicht vor. Der unabhängige Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Alle übrigen Parteien des Kongresses waren sich in der Verleugnung einig, daß, solange die Ruhe noch nicht völlig gesichert sei, dieser gewiß nicht angenehme Ausnahmezustand aufrecht erhalten bleiben müsse. Während bei der Behandlung aller möglichen und unmöglichen Anträge das Haus fast immer gefüllt war, zeigten die Bänke und Tribünen bei der Begründung der Notwendigkeit einer Reichsgerichtsratkonferenz eine gähnende Leere. Diese Interesslosigkeit gegenüber einem Stoff, der an Wichtigkeit dem übrigen Material wohl nicht um ein Jota nachsteht, charakterisiert die Bedeutung der auf die reine Augenblickspolitik eingeworfenen Mehrzahl der Räte. Auf jeden Fall wird dies Vorcommunis, von dem wir nicht hören wollen, daß es symptomatisch sei, nicht vergessen werden dürfen.

Für den Antrag auf Einsetzung eines Reichsgerichtsrates und die Verwirklichung der „Sieben Hamburger Punkte“ sprachen zwei Vertreter der Soldatenfraktion, in hingebungsvollen Worten gegen die Freiwilligenverbände ins Feld zogen und die Notwendigkeit einer sozialistischen Insurrektion darzulegen versuchten. Im Anschluß daran bemängelten Redner verschiedener Fraktionen beobachtete Zustimmung bei den Grenzschutzeinheiten. Ein Antrag, der die Entfernung der Truppen von der österreichischen Grenze Schlesiens verlangt, wurde angenommen, ebenso eine Resolution, die die Gleichstellung der Angehörigen der Freiwilligenverbände mit dem übrigen Militär in Bezug auf Löhne und Verpflegung fordert.

Die erwähnte lebhafte Szene rief die wichtigste Zustimmung des Tages, die über die Einsetzung eines Reichsgerichtsrates, hervor. Das Ergebnis der ersten Abstimmung lautete auf Ablehnung. Darauf ein Schwall von Rufen und höflichen Bemerkungen, wie „Röte siegt überall“, „Heil dir im Siegerkranz“ usw., untermischt mit Neuerungen der Einprägung. Heller Jubel entstand aber im äußeren Kreis, als es hieß, daß der Antrag mit 109 gegen 105 Stimmen angenommen worden sei. Strenge Händeschütteln, langer Beifall. Da ruft die andere Seite „Schiedung“, „Schwindel“. Es wird noch einmal abgestimmt, diesmal namentlich. Resultat: 101 Stimmen dafür, 125 dagegen. Der Antrag war abgelehnt. Röte hatte doch gesiegt.

Die abgedrehte Sozialisierungskommission.

Das „feindselige“ Reichswirtschaftsamt.

Über die von uns schon beleuchteten Gründe des Rücktritts der Sozialisierungskommission, die in der burokratischen Lust des Reichswirtschaftsamtes nicht erfüllt wurde, äußert sich jetzt Paul Umbrecht, der bekannte Gewerkschaftsredakteur, in einem längeren Artikel, aus dem hervorgeht, daß das Wirken der Kommission systematisch gehemmt worden ist. Umbrecht, der selbst der Kommission angehört, hat mit scharfen Worten der Beifelung der vorrevolutionären Methoden nicht zurückgestellt, daß sich der unlieidige Zustand, der unter Dr. Müller begann, unter dem gegenwärtigen Regime noch verschärft, sich geradezu feindselig“ gestaltet habe und sagt zu der auch von uns veröffentlichten amtlichen Erklärung über den Rücktritt der Kommission folgendes:

Auch diese Kundgebung läßt die Absicht, die Kommission zu befeitigen, aus deutlicher Herkunft. Diese Absicht ist jedoch auch erreicht worden. Ob die deutsche Arbeiterchaft aber von der Verbürokratisierung der Sozialisierungsbereichungen bestreift wird, das wird sich bald zeigen. Auch in der Nationalversammlung dürfte über diese Art der Behandlung einer wissenschaftlichen Kommission ein Wort zu reden sein.“

Ahnlich hatten wir bereits vorgestern zu dieser Angelegenheit Stellung genommen.

Volksabstimmung über Reichsgesetze.

Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung erledigte freitags den Abschnitt „Reichspräsident und Reichsregierung“. Artikel 75 erhielt folgende Fassung: „Der Reichskanzler und auf dessen Vorschlag die Reichsminister werden vom Reichspräsidenten ernannt und entlassen.“

Artikel 77 erhielt folgende Fassung: „Der Reichskanzler führt den Stoff in der Reichsregierung und leitet deren Geschäfte nach einer von ihm zu bestimmenden, vom Reichspräsidenten zu genehmigenden Geschäftsvorordnung. Der Reichskanzler bestimmt die Richtlinien der Reichspolitik und trägt dafür dem Reichstag gegenüber die Verantwortung.“ Innerhalb des Grenzen dieser Richtlinien sind die einzelnen Reichsminister in der Vertretung des ihnen anvertrauten Geschäftsbereiches selbständig, und darüber dem Reichstag gegenüber verantwortlich. Die Reichsminister haben die Regierung zur Beratung und zur Beschlusffassung zu unterbreiten: 1. Alle Gesetze müssen einschließlich des Entwurfs zum Reichshaushaltplan, 2. Meinungsverschiedenheiten über die Behandlung von Angelegenheiten, die den Geschäftsbereich mehrerer Reichsminister berühren, 3. Anlegungen, für welche Verfassung oder Gesetz dieses vorzuschreiben. Die Reichsregierung soll ihre Beschlüsse mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.“ Artikel 78 wurde folgendermaßen gefaßt: „Der Reichstag und seine Ausschüsse können die Anwendung des Reichskanzlers und jedes Reichsministers verlangen.“ Nach Artikel 79 kann der Reichstag den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und die Reichsminister vor dem Staatsgerichtshof wegen Schuldhafter Verlegung der Reichsverfassung oder eines Reichsgesetzes anklagen. Der Antrag auf Erhebung der Anklage muß von mindestens 400 Mitgliedern des Reichstages

unterzeichnet werden und bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitgliederzahl. Da eine Befristung über die vom Staatsgerichtshof zu erkennenden Strafen fehlt, so beantragen die Abgeordneten Großer und Dr. Quardt den Zusatz, daß der Staatsgerichtshof bei Belebung der Schuld auf Entlassung aus dem Reichsdienst, auf zeitweilige oder dauernde Unfähigkeit zur Bekleidung eines Amtes im Reichsdienst zu erkennen habe. Abgeordneten beantragte, in diesem Antrag, die Änderung: „Der Staatsgerichtshof kann nur erkennen“, und ferner den Zusatz: „Eine Begründung kann nur mit Zustimmung des Reichstags erfolgen“. In dieser Fassung wurde der Antrag Großer-Quardt angenommen. Ferner wurden auf Antrag Böckeler (Soz.) die Worte: „Drei Drittel der Mitgliederzahl“ erweitert durch „Von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder“.

Auf Antrag der Demokraten wurde eine Befristung angenommen, wonach die Bekundigung von Gesetzen auf Verlangen von einem Drittel des Reichstages um zwei Monate auszureichen ist. Ausgenommen sind Gesetze, die Reichstag und Reichsrat für dringend erklären. Auf Antrag der Demokraten wurde noch ein Artikel eingefügt, wonach ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz vor seinem Inkrafttreten zur Volksabstimmung zu bringen ist, wenn es den Reichspräsidenten binnen einem Monat bestimmt. Volksabstimmung hat auch auf Begehr eines Zehntels der Stimmberechtigten stattzufinden.

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet erst am Dienstag, 29. April, nachmittags, statt.

Abreise Wilsons am 19. April?

London, 11. April.

„Daily Telegraph“ meldet aus New York vom 10. April, daß der Dampfer „George Washington“ heute von New York nach Brest abfährt. Präsident Wilson werde in Frankreich am 19. April ein Schiff finden.

Amsterdam, 11. April. (T. R.)

Eine Pariser Meldung der „New York Sun“ führt die plötzliche Abreise Wilsons auf zunehmende Differenzen zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und Lloyd George zurück, die ihre Ursachen in der irischen Frage haben.

Genf, 11. April. (T. R.)

Pariser Informationen zufolge hat der Biererat am Freitag seine Befreiung über die politische Verwaltungsform des Saargebietes fortgeführt und den Beschluss gefasst, daß weder Deutschland noch Frankreich das Verwaltungrecht im Saargebiet erhalten soll.

Nach einer Meldung des „Temps“ dürfte sich der Biererat dann einigen, daß Danzig und Umgebung zu einem autonomen Staat innerhalb der polnischen Zollgrenzen gemacht wird, der jedoch über eigene Verwaltungsinstitutionen verfügt.

Riesendemonstration in Paris.

Dem Andenken Jaurès.

Nach einem Bericht der „Humanité“ gestaltete sich der Umzug zu Ehren des Andenkens von Jaurès am vergangenen Sonntag zu einer eindrucksvollen Kundgebung. Mehr als 800 000 Menschen nahmen daran teil. Nirgends war, wie die „Chicago Tribune“ meldet, im Demonstrationstag die Tricolore zu sehen, nur rote Fahnen wurden im Zuge den einzelnen Gruppen vorangestellt. Offiziere und Soldaten in Uniformen marschierten in Arm mit den Zivilisten. Teilnehmer an dem Umzug erklärten dem Korrespondenten der „Chicago Tribune“: Diesmal zeigen wir mit unserer Stärke, daß nächste Mal werden wir gebraucht.

Danzig im Belagerungszustand.

Ruhe in Magdeburg.

Danzig, 11. April.

Der kommandierende General des 17. Armeekorps, v. Below, hat den Belagerungszustand über Danzig und Umgebung verhängt. Die vollziehende Gewalt ist auf ihn und auf den Kommandeur der 36. Division übergegangen. Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge sind verboten, öffentliche Versammlungen unterliegen der Genehmigung. Die Polizeistunde ist auf 9 Uhr festgesetzt. Die Pressefreiheit ist eingeschränkt.

Die leichte Nacht ist abgesehen von einigen unbedeutenden Schießen, ruhig verlaufen; die Arbeit ist allgemein wieder aufgenommen. Generalmajor Maeder hat ein Flugverbot für alle Flugzeuge erlassen, die nicht zum Landesjägerkorps gehören. Als weitere Verstärkung ist in großen Zügen das Freikorps Görlik unter Oberstleutnant Kampf hier eingetroffen.

Sorgen.

Das zu einjährige Glodenpiel.

Während der gewöhnliche Glodenpiele von den Ereignissen in Bayern, der Kührgegend, Magdeburg und Berlin hin- und hergeschleift wird, leben wir in der „Kreis-Zeitung“ dies:

In der letzten Potsdamer Stadtverordneten-Sitzung wurde über einen Antrag auf Verhinderung von 100 Menschen für Verbesserung der Spielart des Glodenpiels in der Garnisonkirche verhandelt. Der Antrag war vom Gemeinderat eingeschlagen und mit der Begründung, daß die beiden Weisen „Neb‘ immer Treu und Redlichkeit“ und „So wie den Herren zu einjährig seien und durch andere Melodien erzeigt werden könnten. Der Antrag wurde von den Sozialdemokraten mit dem Hinweis darauf abgelehnt, daß man sich sicherlich im Geschehen auf einer Auswahl der Erhaltungsmelodien nicht einigen werde. Der Redner der Arbeitsgemeinschaft Stadtverordneten-Stadt, said es zwar begrüßt, daß die Antragsteller dieser alten Melodien überdrüssig geworden seien, er glaubte aber, Sicherheit den Vorwiegung magazin zu folgen, das Glodenpiel zum Freien der neuen Zeit den Sozialisten darin spielen zu lassen. Darauf lehnte die Versammlung die Vorlage ab. Die Polizei wird nicht beschäftigt.“

„Neb‘ immer Treu und Redlichkeit“ ist allerdings sehr aus der Mode geworden. Da man sich auf den Sozialistenmagazin im heiligen Potsdam nicht einigen konnte, wurde die ganze Vorlage abgelehnt. Schade! Wir hätten den Potsdamer etwas Zeitgemäßes empfehlen können. Eine Melodie: „Ich stehe, du höbst, er wushest, wir schieben, ihr schleicht, sie verdienst!“

Das Wahlrecht in Belgien. Havas meldet aus Brüssel: Die Kammer hat den Gesetzentwurf über die Wahlreform einstimmig angenommen.

Hierzu die Wochenbeilage:

Illustriertes Blatt „ULK“ Nr. 15.

Berantwortende Redakteure: In „Lübeck“: Dr. Erich Marx-Chapotonburg für innere Politik; Karl Böttcher-Baumann für Kommunales; Groß-Berlin, Geschäftsführung und drei Abgeordnete: Heinrich Heppenheimer, W. Feuerlein und Auguste Heppenheimer; Georg Eisler für Schleswig-Holstein; W. von Oderwaldt; Paul Gräfin von Westphalen für Westfalen.

Druck und Verlag: Rudolf Mothes, Berlin.

Jäckenarbeiterinnen.

Nodarbeiterinnen, erktlasse, Rathaus, Neuenburgerstr. 28.

Schneiderinnen

auf Nöte werden aufgenommen bei

Unter. Ungar, Unter. 15.

Erktlasse, selbständige

Taillen- und Mod-

Arbeiterinnen,

zu Arbeiterinnen,

Modenhaus Behnert,

Kurfürstendamm 211.

Arbeiterinnen

zu Knaben-Jaden,

Knaben-Blumen,

Rathaus-Goldfunkel

Waxmanstr. 67.

Zuarbeiterinnen u.

Lehrmädchen

verlangt

Arnold Müller,

Charlottenstraße 258.

Atelier Schenzel.

Frauen

zum Austragen von

Zeitungswellen werden

sofort gesucht

in allen Filialen des

Berliner

Tageblattes.

Hauspersonal

Auswärterin vormittags,

Friseuse, Invalidenstr. 158.

Auswärterin

sucht Hause, Dienstleiste 38.

Mädchen, für zwei, r. Küche

caub. 8-3, Borsigstr. 4 Uhr.

Albert, Münzstr. 10, Kad.

Gewerbetrau

sucht d. S. Hermann,

Baustraße 8.

Autrau

jüngere, überausliche Frau f.

sofort gesucht, Anfragen um.

J. V. 6179 an Rudolf

Mosse, SW. 19.

Auswartemädchen

die den ganzen Tag, hoher

Zohn, sucht Gernert, Al-

tenberstr. 21, Selbsthdg.

Metzger Dienstmädchen,

welches leben kann, findet

dauernde Stellung in mittl.

Gauholt, bei hoher Zohn,

Dehne, Spanbau, Breitstr. 52.

Auswärterin

täglich von 12-14 sofort ge-

sucht, -Schnellstr. 53, III.

Reine Bäckerei

sofort gesucht für Geschäftshaus,

Metzger, nicht nachmitt.

3. Bäckerei, Dernauerstr. 22.

Metzger, Dienstmädchen,

welches leben kann, findet

dauernde Stellung in mittl.

Gauholt, bei hoher Zohn,

Dehne, Spanbau, Breitstr. 52.

Bäcker

Bäckerlehrstelle,

sucht ich für meinen Sohn,

groß und kräftig,

G. Küthe, Betriebsbeamter,

Berlin-Wilmersdorf,

Wegstr. 20, I.

Bildhauer

Gebr. Bildhauerband

und Werkzeug, lautet

Bind, Batiestra. 2.

Bildhauer verl. Gebr.,

Frank, Allee 25, Ogd. 1.

2. Gebüste, verl. Kürschner-

walderstr. 11, Hof verl.

Bildhauer

verl. Gebrüder Emil

Ebenroth, Görlitzer Ufer 5.

Bildhauer

verl. Gebrü